

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 13. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am Donnerstag, 09.11.2023 um 17:30 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Klaus-Dieter Bartel Bündnis 90/Die Grünen

stell. Vorsitz

Herr Kevin Peter Schneider CDU

Ratsmitglieder

Herr Christian Gartmann CDU
Herr Matthias Schumann CDU
Frau Sandra Kathrin Wiemers CDU
Herr Tristan Zeitter CDU
Frau Hannah Hammer SPD
Frau Henrike Lindenberg SPD
Frau Anne Kathrin Stroth SPD
Herr Hans-Jürgen Weber SPD
Herr Hartmut Toska Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dorothea Spielmann-Locks BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Jan Volkenstein Bündnis 90/Die Grünen
Herr Luca Gerbl FDP
Frau Sibylle Owsianowski AfD
Frau Heike Richarz Allianz für Hilden

Beiräte

Frau Sabine Anna Roth Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden
Frau Christine Kaiser Beratungs- und Prüfungsamt
Frau Lara Desiré Müller Stadt Hilden
Herr Peter Palitza Stadt Hilden
Herr Torsten Rekindt Stadt Hilden
Herr Uwe Schielke Stadt Hilden
Frau Geri Schwenger Stadt Hilden

Ratsmitglieder

Frau Helen Kehmeier Bündnis 90/Die Grünen

Sachkundige Bürger/innen

Frau Prof. Dr. Barbara Haupt AfD
Herr Darius Alexander Behner Allianz für Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 1 | Befangenheitserklärungen | |
| 2 | Anregung nach § 24 GO NRW:
Naturwald Stadtwald Hilden | WP 20-25 SV
66/090 |
| 3 | Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen vom 15.08.2023: Vorgehensweise bezüglich Hitzeinseln im Stadtgebiet | WP 20-25 SV
61/136 |
| 4 | Bericht zur Treibhausgasbilanz 2021 | WP 20-25 SV
IV/028 |
| 5 | Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, Stand Oktober 2023 | WP 20-25 SV
26/049 |
| 6 | Haushalt | |
| 6.1 | Beratung des Entwurfs des Haushalts 2024: Änderung von Ansätzen der Verwaltung - Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz | WP 20-25 SV
20/150 |
| 6.2 | Antrag zum Haushalt 2024 - 015, Bündnis 90/Die Grünen, Maßnahmen Hitzeschutz in der Fußgängerzone | WP 20-25 SV
66/101 |
| 7 | RW-Behandlungsanlage Am Bruchhauser Kamp / Pestalozzistr: Unterlagen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV
66/056 |
| 8 | RW-Behandlungsanlage Richard-Wagner-Straße: Unterlagen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV
66/084 |
| 9 | RW-Behandlung Hochdählerstr. / Itter DE-13-I: Unterlagen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV
66/100 |
| 10 | Anschluss des EZG DE-04-H (Schalbruch) an den SKU Westring: Unterlagen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV
66/095 |
| 11 | Bauwerkssanierung Lortzingstraße: Unterlagen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV
66/097 |
| 12 | Neubau einer Unterkunft; Unterlagen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV
26/048 |
| 13 | Abfallwirtschaftliche Daten der Stadt Hilden aus dem Jahr 2022 | WP 20-25 SV |

- | | | |
|------|--|-----------------------|
| 14 | 4. Nachtragssatzung vom zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Hilden - Abfallentsorgungssatzung - vom 12.07.2013 | WP 20-25 SV
68/036 |
| 15 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 15.1 | PV-Anlagen auf städtischen Dächern | |
| 15.2 | Baumprüfung Ellen-Wiederhold-Platz | |
| 15.3 | Innovationsförderung zur Mobilitäts- und Energiewende | |
| 16 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |
| 16.1 | Antrag von Bündnis 90/Die Grünen: Klimaneutrale Stadtverwaltung | |

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

keine

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

-
- 1 Befangenheitserklärungen

keine

-
- | | | |
|---|--|--------------------|
| 2 | Anregung nach § 24 GO NRW:
Naturwald Stadtwald Hilden | WP 20-25 SV 66/090 |
|---|--|--------------------|
-

Vorsitzender Herr Bartel gab Frau Claudia Roth auf ihren Wunsch hin die Möglichkeit, ihren Antrag zu erläutern. Frau Roth hob in ihrer Erläuterung die Nachteile der Forstwirtschaft im Vergleich zu den Vorteilen eines Wildniswaldes hervor. Sie betonte, dass der Stadtwald ein einzigartiges Erbe in der Region sei. Sie bat darum, die Heideflächen nicht zuwachsen zu lassen und bezweifelte aufgrund der Sitzungsvorlage die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

Herr Toska/ Bündnis 90/Die Grünen wies darauf hin, dass bereits 60 Hektar Naturwald und 20 Hektar Moor vorhanden seien. Dem Antrag könne er sich nicht anschließen, eine Erweiterung des Naturwaldes auf 100-200 Hektar sei jedoch aus seiner Sicht möglich. Er erkundigte sich, ob die Fläche für den Naturwald erhöht werden könne, ohne den Weg für die Einwohner zu gefährden, und ob mehr Bäume stehen gelassen werden könnten, um Vögeln Nistplätze zu bieten. Tiefbau- und Grünflächenamtsleiter Herr Schielke erklärte, dass nur nach gründlicher Untersuchung und Prüfung vom Haus Bürgel und anderen

Ämtern Bäume gefällt würden. Bevor ein Baum gefällt werde, werde immer geprüft, ob Vögel darin nisten.

Frau Owsianowski/ AfD schloss sich der Ablehnung an. Sie vertrat die Auffassung, dass im Stadtwald keine Tiere leben, die für die Pflege und Verbreitung des Samens im Wald notwendig und somit für einen Wildniswald unerlässlich seien. Bei ihrer Begehung hatte sie den Eindruck, dass der Förster nur wenig Holzschlag betreibe. Persönlich befürworte sie möglichst wenig Holzschlag, betonte jedoch die Notwendigkeit der Pflege des Stadtwaldes.

Frau Spielmann-Locks/ BA begrüßte die Grundidee des Antrags als innovativ und schlug vor, den Wald behutsam umzubauen. Sie forderte, die Erwirtschaftung mit Holz durch den Holzschlag zu eliminieren und Holz nur noch aus Gründen der Verkehrssicherheit zu fällen. Totholz aus Verkehrssicherungsmaßnahmen sollte liegenbleiben.

Frau Wiemers/ CDU lehnte den Antrag ab und argumentierte, dass das Thema Forstwirtschaft bei der Stadt Hilden nicht im Vordergrund stehe. Sie berichtete von ihrer Begehung im Wald mit dem Förster und betonte, dass das, was aus dem Wald entnommen wird, auch dort verbleibt. Zudem hatte sie den Eindruck, dass Bäume nur gefällt werden, wenn sie keine Zukunft mehr haben.

Frau Hammer/ SPD schloss sich Frau Wiemers/ CDU an.

Beigeordneter Herr Stuhlträger betonte, dass im Stadtwald naturnaher Waldbau betrieben werde. Die Verwaltung der Stadt Hilden stehe im engen Austausch mit dem Haus Bürgel und sehe den Stadtwald als Kulturgut, das erhalten und entwickelt werden sollte. Bäume würden nur gefällt werden, wenn sie aufgrund von Krankheit oder gefährdeter Verkehrssicherheit keine Zukunft mehr haben. Die Entscheidung erfolgte im Einklang mit der Natur und nicht zum finanziellen Gewinn der Stadt Hilden. Die Verwaltung möchte diesen Weg weiterverfolgen.

Frau Spielmann-Locks/ BA betonte, dass das Haus Bürgel mehr Naturschutz im Hildener Wald umsetzen möchte und für eine Kompromisslösung befragt werden solle. Auch der Förster sei dem Antrag gegenüber nicht abgeneigt. Daher beantrage sie die Vertagung des Themas.

Vorsitzender Herr Bartel ließ daraufhin über den Vertagungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis über den Vertagungsantrag:
Mehrheitlich abgelehnt bei 1 Ja-Stimme der BA gegen 14 Nein-Stimmen.

Vorsitzender Herr Bartel ließ daraufhin über den Antrag abstimmen.

Antragstext für den Rat nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz:

Der Hildener Stadtwald soll zukünftig ausschließlich dem Naturschutz, dem Klimaschutz und der Erholung dienen. Die Forstwirtschaft im Hildener Stadtwald soll eingestellt werden. Arten und Lebensgemeinschaften sollen sich ohne Beeinflussung durch die Forstwirtschaft an Veränderungen wie z.B. den Klimawandel anpassen.

Die personellen und finanziellen Ressourcen sollen für die Verkehrssicherung entlang der Wege, die naturnahe Umgestaltung und die Öffentlichkeitsarbeit sowie zur Pflege und Neupflanzung von Stadtbäumen verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit 14 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme der BA.

Für Bündnis 90 / Die Grünen erläuterte Herr Volkenstein den Antrag und forderte, dass die Verwaltung bei dem Thema Hitzeinseln aktiver werden müsse. Aufgrund des Klimawandels werde es wärmer und für viele Menschen entwickle sich die Hitze zur Gefahr. Der Menschenschutz sei hier in den Vordergrund zu stellen.

Frau Owsianowski (AfD) führte aus, dass Hitzeinseln geschaffen wurden und als Konsequenz weniger gebaut werden solle. Für die SPD schlug Frau Hammer vor, den in Arbeit befindlichen Hitzeaktionsplan abzuwarten.

Dem widersprach Frau Spielmann-Locks (BA) und forderte konkretes Handeln seitens der Verwaltung parallel zum Hitzeaktionsplan.

Antragstext:

Die Verwaltung lokalisiert Hitzeinseln im öffentlichen Raum (Straßen, Plätze, Parks, öffentliche Einrichtungen) und priorisiert diese hinsichtlich ihres Gefährdungspotential für die Bevölkerung. Im Anschluss sind ortsbezogene Maßnahmen zu erarbeiten, die zu einer deutlichen Abmilderung der Hitzeentwicklung beitragen (z.B. durch Pflanzung von Bäumen, Entsiegelungsmaßnahmen, Schaffung von Wasserflächen, Installation von Wasserspendern und Verneblungsanlagen, etc.). Besonders Berücksichtigung sollen Bereiche finden, in denen sich Kinder (Schulen, Kitas, Spielplätze, ...) und ältere Menschen aufhalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit 11 Nein-Stimmen gegen 4 Ja-Stimme von Bündnis 90/Die Grünen und BA.

Herr Toska (Bündnis 90 / Die Grünen) begrüßte die Sitzungsvorlage und merkte an, dass die Lesbarkeit noch verbessert werden könne.

Herr Stuhlträger erläuterte für die Verwaltung, dass die großen Hebel zur Emissionssenkung die Kommunale Wärmeplanung sowie das Mobilitätskonzept seien.

Frau Spielmann-Locks (BA) führte aus, dass langfristige Konzepte im Fazit dargestellt seien und forderte entsprechend konsequentes Handeln.

Frau Wiemers (CDU) erklärte, dass die Zahlen nunmehr zum ersten Mal in dieser Form vorliegen und die Basis darstellen, um künftige Entwicklungen zu dokumentieren.

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nahm den Sachstandsbericht der Stadtverwaltung zur Energie- und Treibhausgas-Bilanz der Stadt Hilden zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nahm den Sachstandsbericht der Stadtverwaltung zur Energie- und Treibhausgas-Bilanz der Stadt Hilden zur Kenntnis.

Auf Nachfrage von Frau Spielmann Locks/ BA bestätigte die Verwaltung, dass das Ergebnis der Prüfung zur Errichtung einer Tankstelle für synthetischen Dieselkraftstoff in der Sitzung des UKS am 07.03.2024 statt am 07.03.2023 zur Beratung gestellt wird.

Frau Spielmann Locks/ BA erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Begrünung der Giebelwand am Bürgerhaus und erinnerte daran, dass laut Bericht 2023 zu den Klimafolge- und Klimaanpassungsmaßnahmen die Umsetzung im Herbst 2023 erfolgen sollte. Tiefbau- und Grünflächenamtsleiter Herr Schielke informierte, dass die Ausschreibung für die Begrünung derzeit laufen würde. Beigeordneter Herr Stuhlträger ergänzte, dass die Verwaltung ursprünglich beabsichtigte, die Giebelwand im Herbst zu begrünen, sich der Zeitrahmen jedoch auf das Frühjahr verschoben habe.

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nahm den Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiertter Beschlüsse sowie Beschlüsse zu Anregungen gemäß § 24 GO seines Ausschusses zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nahm den Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiertter Beschlüsse sowie Beschlüsse zu Anregungen gemäß § 24 GO seines Ausschusses zur Kenntnis.

6 Haushalt

6.1 Beratung des Entwurfs des Haushalts 2024: Änderung von Ansätzen der Verwaltung - Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

WP 20-25 SV 20/150

Beigeordneter Herr Stuhlträger teilte zur Ansatzkorrektur „Baumkataster“ mit, dass es sich um einen Übertragungsfehler gehandelt habe und daher 100.000 € zu viel in der Planung veranschlagt worden seien. Dies solle nun korrigiert werden.

Herr Toska/ Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich, ob die Streichung der 100.000 € zu einer Maßnahmenreduzierung oder Verzögerung im Baumkataster führe.

Beigeordneter Herr Stuhlträger verneinte dies. Es handele sich nur um eine Budgetänderung.

Die Kürzung bei BUND und SGV entfachte eine Diskussion über den Wert des Ehrenamtes und die angespannte Haushaltssituation, die sich in der nachfolgenden Abstimmung niederschlug.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen zu beschließen, die in der Anlage beigefügten Änderungen in den Haushalt 2024 aufzunehmen und dem Rat zum Satzungsbeschluss für den Haushalt 2024 vorzuschlagen.

Getrennte Abstimmung:

- Ansatzkorrektur „Baumkataster“:
Einstimmig beschlossen
- Kürzung des Zuschusses Wanderwegbeschilderung Sauerländischer Gebirgsverein um 100%:
Mehrheitlich beschlossen mit 11 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, AfD) gegen 4 Nein-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und BA; keine Enthaltung.
- Auf Antrag der SPD wurde zunächst darüber abgestimmt, den Zuschuss für die Vereinsarbeit BUND abweichend zum Beschlussvorschlag um 50 % zu kürzen (statt 100 %):

Bei Stimmgleichheit abgelehnt mit 4 Nein-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und BA gegen 4 Ja-Stimmen der SPD und 7 Enthaltungen von CDU, FDP und AfD.

- Kürzung des Zuschusses Vereinsarbeit BUND um 100%:
Mehrheitlich beschlossen mit 7 Ja-Stimmen (CDU, FDP, AfD) gegen 4 Nein-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und BA sowie 4 Enthaltungen der SPD.

6.2 Antrag zum Haushalt 2024 - 015, Bündnis 90/Die Grünen, Maßnahmen Hitzeschutz in der Fußgängerzone

WP 20-25 SV 66/101

Herr Volkenstein/ Bündnis 90/Die Grünen äußerte seine Enttäuschung über die Sitzungsvorlage. Die im Antrag genannte Vernebelungsanlage sei nur ein Beispiel gewesen. Die Verwaltung habe sich auf die Gründe fokussiert, warum diese nicht möglich sei. Da es um den Schutz von Menschen gehe, hätte sich seine Fraktion alternative Vorschläge für machbare Lösungen von der Verwaltung gewünscht.

Antragstext:

Die Stadt Hilden setzt Mittel von 15.000 Euro für Maßnahmen zum Hitzeschutz in der Fußgängerzone ein.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit 11 Nein-Stimmen gegen 4 Ja-Stimme von Bündnis 90/Die Grünen und BA.

7 RW-Behandlungsanlage Am Bruchhauser Kamp / Pestalozzistr:
Unterlagen nach § 13 KomHVO

WP 20-25 SV 66/056

Frau Owsianowski/ AfD bat darum, diesen und die beiden folgenden Tagesordnungspunkte nach Dringlichkeit zu priorisieren und die Maßnahmen zeitlich zu strecken, um den Haushalt zu entlasten.

Vorsitzender Herr Bartel ließ über diesen Antrag abstimmen:
Mehrheitlich abgelehnt mit 14 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme der AfD

Beschlussvorschlag:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt den Bau der Regenwasserbehandlungsanlagen und die Umlegung des Schmutzwasserkanals Am Bruchhauser Kamp / Pestalozzistr. gemäß der vorgelegten Planung.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen berät nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gemäß § 5a Abs. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zum Bau der Regenwasserbehandlungsanlagen Am Bruchhauser Kamp / Pestalozzistr. mit ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 1.230.000,00 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Haushaltsmittel in den Haushaltsplan 2024ff aufzunehmen.

Die auf der Investitionsnummer IO66250024 bisher in 2023 bereitgestellten Mittel werden übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit 14 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung der AfD

Herr Schneider/ CDU beantragte, diese Maßnahme auf Grund der angespannten Haushaltslage in das Jahr 2025 zu verschieben.

Beigeordneter Herr Stuhlträger teilte mit, dass die Maßnahme nicht zwingend in 2024 durchgeführt werden müsse.

Frau Spielmann-Locks/ BA sprach sich gegen eine Verschiebung aus, da diese Maßnahme auch zur Gefahrenabwehr von Hochwasserereignisse diene.

Vorsitzender Herr Bartel ließ über diesen Antrag abstimmen:

Mehrheitlich abgelehnt mit 9 Nein-Stimmen gegen 6 Ja-Stimmen der CDU und AfD

Herr Toska/ Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich vor dem Hintergrund des Starkregenereignisses in 2021, ob diese Maßnahme auch den Biesenbach entlasten werde.

Beigeordneter Herr Stuhlträger erläuterte, dass alle Baumaßnahmen an Regenwasserkanälen dazu führen, die Einleitung von Wasser zu reduzieren. Es sei aber ein Trugschluss, dass diese bei einem Starkregenereignis wie 2021 zukünftig Schäden verhindern könne.

Beschlussvorschlag:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt den Bau der Regenwasserbehandlungsanlagen und den Umbau der Einleitstellen an der Richard-Wagner-Str. gemäß der vorgelegten Planung.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen berät nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gemäß § 5a Abs. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zum Bau der Regenwasserbehandlungsanlagen und den Umbau der Einleitstellen an der Richard-Wagner-Str. mit ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 692.000,00 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Haushaltsmittel in den Entwurf des Haushaltsplanes 2024ff aufzunehmen. Die auf der Investitionsnummer IO66250035 bisher bereitgestellten Mittel werden übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit 9 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen von CDU und AfD.

Herr Schneider/ CDU beantragte, diese Maßnahme auf Grund der angespannten Haushaltslage in das Jahr 2025 zu verschieben. Auch wenn es nicht wünschenswert sei, sehe sich die CDU-Fraktion zu diesem Schritt gezwungen, weil alleine in dieser Sitzung rund 8 Mio. Euro zur Beratung stünden und weitere Millionen im kommenden Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen.

Beigeordneter Herr Stuhlträger teilte mit, dass die Maßnahme nicht zwingend in 2024 durchgeführt werden müsse.

Frau Spielmann-Locks/ BA sprach sich gegen eine Verschiebung aus, da es wichtiger sei, Menschen vor Hochwasser zu schützen. Im heutigen Fachausschuss werde beschlossen, ob die Maßnahme wichtig sei. Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen habe die Gesamtausgaben im Blick und entscheide anhand dessen.

Vorsitzender Herr Bartel ließ über diesen Antrag abstimmen:
Mehrheitlich abgelehnt mit 9 Nein-Stimmen gegen 6 Ja-Stimmen der CDU und AfD

Beschlussvorschlag:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt den Bau der Regenwasserbehandlungsanlagen und Regenwasserrückhaltemaßnahmen an der Hochdahler Str. in die Itter gemäß der vorgelegten Planung.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen berät nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gemäß § 5a Abs. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zum Bau der Regenwasserbehandlungsanlagen und Regenwasserrückhaltemaßnahmen an der Hochdahler Str. in die Itter mit ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 4.288.000,00 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Haushaltsmittel in den Haushaltsplan 2024ff aufzunehmen. Die im Haushaltjahr 2023 zur Verfügung gestellten Mittel werden übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit 9 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen von CDU und AfD.

10	Anschluss des EZG DE-04-H (Schalbruch) an den SKU Westring: Unterlagen nach § 13 KomHVO	WP 20-25 SV 66/095
----	--	--------------------

Beschlussvorschlag:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt den Bau der Regenwasserbehandlungsanlagen und den Umbau der Einleitstellen des Einzugsgebiets Schalbruch (DE-04-H) gemäß der vorgelegten Planung.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen berät nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gemäß § 5a Abs. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zum Bau der Regenwasserbehandlungsanlagen und den Umbau der Einleitstellen des Einzugsgebiets Schalbruch (DE-04-H) mit ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 695.000,00 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Haushaltsmittel in den Entwurf des Haushaltsplanes 2024ff aufzunehmen.

Die auf der Investitionsnummer IO66250025 bisher in 2023 bereitgestellten Mittel werden übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit 14 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung der AfD.

Beschlussvorschlag:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt die Instandsetzung der Regenwasserbehandlungsanlagen Lortzingstraße gemäß der vorgelegten Planung.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen berät nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gemäß § 5a Nr. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zur Instandsetzung der Regenwasserbehandlungsanlagen Lortzingstraße mit ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 435.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit 13 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung der AfD ohne Beteiligung von Frau Hammer, SPD, die zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal anwesend war.

Herr Palitza, Amtsleiter des Amtes für Gebäudewirtschaft, gab eine Stellungnahme zur Unterbringung von Flüchtlingen ab. Aufgrund der hohen Anzahl flüchtender Menschen müssten neue Unterkünfte beschafft werden. Die Unterkunft an der Beckersheide sei wegen des hohen Bedarfs nach bereits erfolgter Stilllegung wiederhergerichtet worden. Diese sei jedoch keine dauerhafte Lösung. Da alle vorhandenen Unterkünfte belegt seien, werde nun nach einer neuen Fläche für den Neubau gesucht. Derzeit stehe ein Grundstück an der Düsseldorfer Str. 101-105 zur Verfügung, welches für einen Neubau in Betracht gezogen werde. Die Unterkunft solle nachhaltig gestaltet werden durch Maßnahmen wie Wärmepumpe und PV-Anlagen.

Herr Toska/ Bündnis 90/Die Grünen betonte die Wichtigkeit der Nachhaltigkeit und fragte, ob das Gebäude und die Wärmepumpe nach der Pachtzeit wiederverwendbar seien, da das Grundstück nicht der Stadt gehöre. Er erkundigte sich außerdem nach einem möglichen Erwerb des Grundstücks.

Herr Palitza erklärte, dass verschiedene Anforderungen wie schnelle Errichtung, Nachhaltigkeit und kostengünstiger Bau berücksichtigt werden müssten. Die Verwaltung strebe an, das Gebäude wiederverwertbar zu gestalten, zum Beispiel durch einen modularen Bau, der schnell abgebaut und an anderer Stelle wiederaufgebaut werden könne.

Frau Owsianowski/ AfD wies darauf hin, dass Hilden sehr kompakt sei und stellte die Frage, was passieren, wenn 500 flüchtende Menschen kommen würden.

Beigeordneter Herr Stuhlträger erklärte, dass die Verwaltung verpflichtet sei, die vom Land gemäß dem Königsteiner Schlüssel zugewiesenen Personen aufzunehmen. Die Aufnahme könne nicht verweigert werden. Weitere Informationen zur neuen Unterkunft kündigte er für den nicht öffentlichen Teil an.

Frau Spielmann-Locks/ Bürgeraktion erkannte den Bedarf einer Unterkunft an, betonte jedoch, dass die Unterlagen noch nicht veranschlagungsreif seien. Die Kostenangabe sei eine grobe Schätzung und habe zu viel Spielraum. Die Lageplanskizze solle vom Ausschuss als veranschlagungsreif betrachtet werden, sei es aber nicht. Das Beratungs- und Prüfungsamt sage sinngemäß, dass die Unterlagen noch nicht in der erforderlichen Qualität bzw. Konkretetheit vorliegen. Abschließend fragte sie, warum der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz über den Beschlussvorschlag entscheide.

Vorsitzender Herr Bartel machte darauf aufmerksam, dass der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz für Angelegenheiten des Amtes für Gebäudewirtschaft zuständig sei. In der Sitzungsvorlage sei angekündigt, dass noch ausführliche Unterlagen vorgelegt werden. Er betonte die dringliche Situation, eine Unterbringungsmöglichkeit zu schaffen.

Frau Spielmann-Locks/ BA fragte nach, ob dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen bei seiner Beratung entsprechende Unterlagen vorgelegt werden.

Beigeordneter Herr Stuhlträger betonte, dass es sich bei der Sitzungsvorlage bereits um Unterlagen gem. § 13 KomHVO handele. Er erläuterte, dass der Beschlussvorschlag dreigeteilt für UKS, Rat und Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen sei und ging auf die einzelnen Entscheidungsschritte ein. Der Beschluss im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz sei somit erforderlich, da die Verwaltung die notwendigen Mittel sonst nicht in den Haushalt 2024 aufnehmen könne. Ohne Beschluss müsse die Sporthalle weiterhin als Unterkunft genutzt werden, was vermieden werden solle. Bezüglich des Sperrvermerks sicherte er zu, dass dadurch die Budgetmittel nicht vor der Beratung konkretisierter Unterlagen verausgabt werde.

Nachdem alle Fragen beantwortet wurden, ließ Vorsitzender Herr Bartel über den Beschlussvorschlag für den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt die als Anlage beigefügten Unterlagen als veranschlagungsreif im Sinne des § 13 KomHVO zu bewerten und den Bau einer Unterkunft für Flüchtende gemäß der vorgelegten Planung.

Rat:

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, bereits im Haushaltsjahr 2023 überplanmäßig Mittel in Höhe von 500.000 Euro für 2023 bereitzustellen. Als Deckung für die überplanmäßigen Auszahlungen in 2023 werden Mittel aus der IO26250008 Erweiterung Feuerwache verwendet.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gemäß § 5a Abs. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zum Bau einer Unterkunft für Flüchtende mit ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 7.900.000 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2024ff für das Jahr 2024 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit 12 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme der AfD und 2 Enthaltungen von FDP und BA.

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nahm Kenntnis von den abfallwirtschaftlichen Daten der Stadt Hilden aus dem Jahr 2022

Beschlussvorschlag:

Nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz am 09.11.2023 beschließt der Rat der Stadt Hilden folgende 4. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Hilden - Abfallentsorgungssatzung - vom 12.07.2013:

4. Nachtragssatzung vom zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Hilden - Abfallentsorgungssatzung - vom 12.07.2013

§ 1

Die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Hilden - Abfallentsorgungssatzung - vom 12.07.2013, zuletzt geändert durch die 3. Nachtragssatzung vom 30.06.2022, wird wie folgt geändert:

§ 4 lit. A Absatz 3 Satz 3:

Der Wortlaut des Satzes wird geändert von „Im Herbst (September bis Dezember)“ in „Es...“.
Der restliche Inhalt bleibt bestehen.

§ 4 lit. C Absatz 2 Satz 3:

Die Mengenangabe von „2“ m³ wird geändert auf „3“ m³. Der restliche Inhalt bleibt bestehen.

§ 4 lit. C Absatz 2:

Der Absatz erhält einen Satz 7 mit dem Wortlaut „Bei Nichtinanspruchnahme des Service nach erfolgter Anmeldung besteht kein Anspruch auf Gebührenerstattung.“

§10 Abs. 2 Satz 1:

Der Satz wird nach der Textpassage „Für das Einsammeln und Befördern von Abfällen sind folgende“ ergänzt um den Wortlaut „vom Zentralen Bauhof der Stadt Hilden ausgegebene und von diesem durch Prägung der Stadt Hilden erkennbaren“. Das Satzende „Abfallbehälter zugelassen:“ bleibt bestehen.

§10 Abs. 4:

Der Absatz erhält einen Satz 3 mit dem Wortlaut „Bestehende Altgefäße ohne Prägung der Stadt Hilden können weiter genutzt werden.“

§10 Abs. 5 Satz 1:

Der Satz wird nach der Textpassage „Die Abfallbehälter nach Absatz 2 Bst. a) bis Bst. k)“ ergänzt um den Zusatz „und hierzu bestehende Altgefäße“; der restliche Inhalt bleibt bestehen.

§ 11 Abs. 1 Satz 1:

Der Wortlaut des ersten Satzes des Absatzes hinter dem Wortlaut „...Pappe stehen die“ wird unmittelbar ergänzt um den Wortlaut „schwarz/blauen bzw.“ Der restliche Inhalt bleibt bestehen.

§ 11 Abs. 1 Satz 2:

Der Wortlaut des Satzes des Absatzes hinter der Textpassage „Anzahl und Größe der“ wird unmittelbar ergänzt um den Wortlaut „schwarz/blauen bzw.“ Der restliche Inhalt bleibt bestehen.

§ 13 Abs. 4 lit b):

Der Satzbeginn „Altpapier ist in den“ wird unmittelbar ergänzt um den Wortlaut „schwarz/blauen bzw.“ und fortgeführt mit den Worten „blauen Abfallbehälter einzufüllen, der auf dem Grundstück des Abfallbesitzers zur Verfügung steht und in diesem“ und hier unmittelbar ergänzt um den Wortlaut „schwarz/blauen bzw.“. Das Satzende mit dem Wortlaut „blauen Abfallbehälter zur Abholung bereitzustellen“ bleibt unverändert.

§ 2

Diese 4. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Hilden - Abfallentsorgungssatzung - vom 11.07.2013 tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

15 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

15.1 PV-Anlagen auf städtischen Dächern

Herr Palitz, Amtsleiter des Amtes für Gebäudewirtschaft, informierte, dass die Zusammenarbeit mit der Neue Energien Hilden GmbH (NEH) für die Errichtung von PV-Anlagen auf dem Area 51 (Furtwänglerstr. 2 b) und der Elbseeschule (Schalbruch 33) gut funktioniere. Die Tätigkeiten und die Ausschreibungen weiterer Maßnahmen beginnen Anfang 2024.

15.2 Baumprüfung Ellen-Wiederhold-Platz

Herr Schielke, Amtsleiter des Tiefbau- und Grünflächenamtes, informierte darüber, dass die erbetene Prüfung der Vitalität eines Baumes auf dem Ellen-Wiederhold-Platz mit positivem Ergebnis durchgeführt wurde.

15.3 Innovationsförderung zur Mobilitäts- und Energiewende

Die Klimaschutzbeauftragte, Frau Müller, informierte über den Stand der Registrierung dieser Bürgerförderung:

- 3 Förderungen konnten bisher ausgezahlt werden
- 20 Personen haben einen Antrag gestellt und einen Zuwendungsbescheid erhalten. Sie befinden sich in der Umsetzung
- 1 Antrag befindet sich im Anhörungsverfahren
- 1 Antrag befindet sich in Prüfung
- 16 Personen haben trotz Erinnerung und Möglichkeit auf Fristverlängerung keinen Antrag gestellt

Ziel der Förderung ist die Reduktion von Treibhausgasemissionen im Stadtgebiet durch die Verbindung von Mobilitäts- und Energiewende. Sie erfolgt in Form eines pauschalen Zuschusses für die kombinierte Anschaffung einer PV-Anlage, eines Batteriespeichers und einer Wallbox für das selbst genutzte Eigenheim in Hilden.

16 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

16.1 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen: Klimaneutrale Stadtverwaltung

Herr Toska/ Bündnis 90/Die Grünen verlas folgenden Antrag:

„Die Verwaltung erarbeitet einen Fahrplan für eine klimaneutrale Stadtverwaltung im Jahr 2035.

Begründung:

Für jedes Jahr, in dem eine stadtweite Treibhausgasbilanz vorgelegt werden soll, ist ein verwaltungsinternes CO₂-Einsparziel festzulegen.

Rat und Öffentlichkeit werden zudem darüber unterrichtet, ob das angestrebte Ziel erreicht bzw. warum es ggf. verfehlt wurde.“

Ende der Sitzung: 19:03 Uhr

Klaus-Dieter Bartel / Datum
Vorsitzender

Peter Palitza / Datum
Schriftführer

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter